

20.08.2020

Beschlussempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7539

2. Lesung

Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter

Berichterstatter

Abgeordneter Dr. Werner Pfeil

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD - Drucksache 17/7539 - wird abgelehnt.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter“ (Drucksache 17/7539) wurde am 10. Oktober 2019 vom Plenum an den Rechtsausschuss überwiesen.

Es ist an der Zeit – so die antragstellende Fraktion –, gesetzlich abgesicherter Richterräte entsprechende Vertretungen auch für die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter zu schaffen.

Daher solle das Richter- und Staatsanwältegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen dahin gehend geändert und ergänzt werden, sodass es zukünftig eine Vertretung für die Schöffen, Handelsrichter und ehrenamtlichen Richter in der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit sowie in Landwirtschaftssachen geben kann.

Dies räume den ehrenamtlichen Richterinnen und Richter die Chance auf mehr Mitsprache und Partizipation ein.

B Beratungsverfahren

Der Rechtsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 6. November 2019 zu ersten Mal mit dem Gesetzentwurf befasst. (Ausschussprotokoll 17/795) In diesem Rahmen wurde eine Anhörung beantragt, die auf den 22. April 2020 terminiert wurde. Nach einer Verschiebung des Termins wurde die Anhörung am 10. Juni 2020 durchgeführt. (Ausschussprotokoll 17/7539).

Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich Stellung zu dem Gesetzentwurf zu nehmen. Dem Ausschuss lagen zur Anhörung folgende Stellungnahmen vor:

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen - Bund ehrenamtlicher Richterinnen und Richter -, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V. Vorsitzender Michael Haßdenteufel Düsseldorf	Michael Haßdenteufel	17/2490
Hasso Lieber, Berlin	Hasso Lieber	
Verwaltungsgericht Gelsenkirchen Vorsitzender Richter Dr. Thorsten Baumanns Gelsenkirchen	Dr. Thorsten Baumanns	17/2719

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landgericht Köln Präsident des Landgerichts Roland Ketterle Köln	Roland Ketterle	Keine Stellungnahme

Der Rechtsausschuss hat in seiner 62. Sitzung am 19. August 2020 (Ausschussprotokoll 17/1081) die Anhörung ausgewertet und abschließend beraten.

C Abstimmung

Am 19. August 2020 hat sich der Rechtsausschuss mit den Gesetzentwurf abschließend befasst und diesen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD und gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dr. Werner Pfeil
- Vorsitzender -